

## Arbeitgeber fordern Rentenalter 66

### Einsparungen und Systemumbau bei den Sozialwerken

Die Deckungslücken der Sozialversicherungen verlangen nach gezielten Einsparungen. Sie lassen sich nicht durch Prämien- und Steuererhöhungen beheben, verdeutlichte der Arbeitgeberverband am Montag in Zürich an einer Medienkonferenz. Er fordert, bis 2013 das Rentenalter 66 für Männer und Frauen einzuführen, und erteilt den Vorstössen zum Ausbau der Familien- und Kinderzulagen eine klare Absage.

cs. Im Rahmen einer Auslegeordnung zur Sozialpolitik hat der Arbeitgeberverband gefordert, dass das AHV-Rentenalter ab 2013 für Männer und Frauen auf 66 Jahre heraufgesetzt werde. Gleichzeitig soll der flexible Altersrücktritt ab 62 Jahren möglich sein. Der Arbeitgeberverband geht dabei von versicherungstechnischen Rentenkürzungen aus. Die Notwendigkeit einer Erhöhung des Rentenalters hatten Vertreter der Arbeitgeber bereits im Frühsommer 2003 deutlich gemacht, als sie das Postulat von Bundesrat Couchepin begrüsst, das AHV-Alter bis 2025 schrittweise auf 67 Jahre anzuheben. Sie postulierten damals, dass parallel dazu eine generationengerechte Gesellschaftspolitik und eine alterskongruente Personalpolitik zu verfolgen seien. Um die AHV als Basisversicherung finanziell abzusichern, verlangen die Arbeitgeber die politisch realistischen Postulate der 11. AHV-Revision wieder aufzugreifen. Ausserdem sei für laufende Renten der Mischindex durch einen reinen Preisindex abzulösen.

#### Nachhaltige finanzielle Sicherung

Aber auch mit Blick auf sämtliche Sozialwerke verlangt der Arbeitgeberverband deren nachhaltige finanzielle Sicherung. Dies sei namentlich durch Einsparungen, einen beschränkten Leistungsabbau und durch einen Systemumbau zu erreichen. Die Deckungslücken lassen sich, so mahnt der Präsident des Arbeitgeberverbands Rudolf Stämpfli, nicht durch Prämien- und Steuererhöhungen beheben. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an den markanten Anstieg der Soziallastquote in den letzten Jahren. Priorität hat bei den Reformen allerdings gemäss Stämpfli die Sanierung der Invalidenversicherung (IV) und die Kostendämpfung in der Krankenversicherung.

Der Sozialstaat darf laut dem Arbeitgeberverband keinesfalls weiter ausgebaut werden. Doch steht für ihn auch nicht ein breiter allgemeiner Leistungsabbau im Vordergrund. Vielmehr gelte es, sich bedürfnisgerecht auf den Zweck der einzelnen Sozialwerke zu konzentrieren. Dabei erachten die Arbeitgeber zur Bewältigung der demographiebedingten Mehrausgaben beschränkte zusätzliche Einnahmen für unumgänglich. Dies gelte insbesondere für die Sanierung der IV. Im Weiteren muss die IV auf die frühzeitige Erkennung einer Invaliditätsgefährdung und auf die Integration ausgerichtet werden. Gewisse Leistungsarten seien aber auch zu überprüfen. Falsche Leistungsanreize seien zu korrigieren. Der Invali-

ditätsbegriff ist den modernen WHO-Standards (ICF-Standards) anzupassen.

#### Gegen Ausbau der Familienzulagen

Der Direktor des Arbeitgeberverbandes Peter Hasler kritisierte die widersprüchliche Bundespolitik, die zwar einerseits Kürzungen in der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung (auf Kosten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer) vornimmt, auf der anderen Seite aber bei der Prämienverbilligung daran ist, grosszügig Mehrausgaben zu beschliessen. Konsequenz widersetzt sich der Arbeitgeberverband allen Absichten, die Familien- und Kinderzulagen auszubauen sowie Ergänzungsleistungen für Familien einzuführen. Demgegenüber halten die Arbeitgeber eine modern angelegte Sozialhilfe für unerlässlich.

#### Widerstand der Gewerkschaften

(ap) Die Forderung der Arbeitgeber nach Einführung des Rentenalters 66 hat den Widerstand der Gewerkschaften geweckt. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) bezeichnete die Forderung als absurd und sagte auch der Streichung des Mischindex bei Neurenten den Kampf an. Gut die Hälfte der heutigen Pensionierungen fänden vor 65 Jahren statt und seien zumeist erzwungen. Dennoch sei die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch und würde mit der Erhöhung des AHV-Rentenalters noch höher. Für SGB-Vizepräsident und Unia-Co-Präsident Vasco Pedrina ist der Vorstoss der Arbeitgeber realitätsfremd. Die Arbeitgeber müssten mindestens dazu Hand bieten, dass ältere Arbeitnehmende bis zur Pensionierung Arbeit hätten und nicht in die Invalidenversicherung abgedrängt würden. Eine generelle Rentenaltererhöhung hat für den Dachverband der Arbeitnehmer Travail Suisse nicht den Hauch einer Chance.

Vgl. auch Seite 32